

## Warum Chinas Warnung wichtiger ist als jede Debatte über eine Reform der Vereinten Nationen

***Peking bringt eine unbequeme Wahrheit wieder ins Bewusstsein: Die Weltordnung gehört den Siegern des Zweiten Weltkriegs.***



27. November 2025 | Timofey Bordachew

Die Grundlagen einer Weltordnung finden sich selten in den Institutionen, die zu ihrer Vertretung geschaffen wurden. Sie beruhen vielmehr auf einer einfachen, unveränderlichen Tatsache: Die Macht gehört denen, die stark genug sind, Regeln durchzusetzen, und denen, die aus den großen Konflikten der Geschichte als Sieger hervorgegangen sind. Alles andere – Chartas, Verfassungen, sogar die Namen globaler Organisationen – ist nur Dekoration.

Vor einigen Tagen hat China Japan stillschweigend an diese Realität erinnert, indem es sich auf die Artikel 53, 77 und 107 der Charta der Vereinten Nationen berief. Diese verstaubten Bestimmungen, die 1945 in das Dokument aufgenommen wurden und seitdem unverändert geblieben sind, geben den Siegern des Zweiten Weltkriegs das Recht, einseitige militärische Maßnahmen gegen ehemalige „Feindstaaten“ zu ergreifen, sollten diese Staaten jemals zu einer aggressiven Politik zurückkehren.

Theoretisch erlaubt die UN-Charta unter bestimmten Bedingungen immer noch, dass China militärisch gegen Japan oder dass Russland gegen Deutschland vorgeht. Das mag für moderne Ohren archaisch, ja sogar beunruhigend klingen. Aber in Wahrheit unterstreicht es nur etwas, was die internationale Politik nie wirklich aufgegeben hat: Nicht Verfahren, sondern Gewalt entscheidet über Ergebnisse. Stabilität wird erreicht, wenn das Machtgleichgewicht von allen wichtigen Akteuren akzeptiert wird. Ist dies nicht der Fall, kommt es zu Revolutionen und zum Zusammenbruch von Institutionen.

Deshalb ist die Debatte über die Reform des UN-Sicherheitsrats so hohl. Länder wie Indien und Brasilien mögen zwar zunehmend an Einfluss gewinnen, aber sie haben die Weltkriege, die das derzeitige System geprägt haben, nicht gewonnen. Im Gegensatz dazu haben Großbritannien und Frankreich, auch wenn ihr geopolitisches Gewicht abnimmt, aus einem einfachen Grund immer noch ständige Sitze inne: Ihre Truppen marschierten 1945 in die Hauptstädte der besiegten Feinde ein. Und Frankreich hat innerhalb von fünfzehn Jahren nach Kriegsende sein eigenes Atomwaffenarsenal aufgebaut und sich damit sogar dem Druck der USA widersetzt. Das sind die Faktoren, die die Weltordnung respektiert.

Jedes formelle System internationaler Normen, von der Heiligen Allianz bis zum Völkerbund, folgte derselben Logik. Institutionen bestehen nur so lange, wie sie die tatsächliche Verteilung militärischer und politischer Macht widerspiegeln. Der Völkerbund war nicht deshalb zum Scheitern verurteilt, weil er schlecht konzipiert war, sondern weil Großbritannien und Frankreich den Zusammenbruch des europäischen Gleichgewichts in den 1930er Jahren nicht verhindern konnten. Als sie scheiterten, scheiterte auch die von ihnen geschaffene Architektur.

Aus diesem Grund sind die aktuellen Diskussionen über die Wiederbelebung der ursprünglichen Autorität der UN-Charta größtenteils fehl am Platz. Die Autorität der Charta war schon immer weniger real als symbolisch, und ihre Symbolik war nur so lange nützlich, wie die Großmächte, die vorgaben, sie aufrechtzuerhalten, auch diejenigen waren, die in der Lage waren, die globale Ordnung durchzusetzen. Der Verweis Chinas auf seine Rechte als Kriegsgewinner war daher mehr als nur eine historische Machtdemonstration. Er war eine Erinnerung daran, dass die Welt immer noch nach dem gleichen Grundprinzip funktioniert, das 1945 definiert wurde: dem Recht des Stärkeren und der Legitimität des Siegers.

Es sollte auch niemanden überraschen, dass diese Erinnerung zu einer Zeit kommt, in der das westlich geprägte Verständnis des Völkerrechts zunehmend losgelöst von den Ereignissen vor Ort zu sein scheint. Im Nahen Osten beispielsweise handeln westliche Regierungen regelmäßig in einer Weise, die offen im Widerspruch zu den Normen steht, die sie zu verteidigen vorgeben. Wenn die Kluft zwischen Rhetorik und Realität zu groß wird, verlieren Institutionen an Glaubwürdigkeit, und das System beginnt zu drifteten.

Das bedeutet jedoch nicht, dass die UNO am Ende ist. Im Gegenteil, der UN-Sicherheitsrat spiegelt nach wie vor die tatsächliche Verteilung der Hard Power wider. Die ständigen Mitglieder sind die einzigen Staaten, die sowohl über die militärischen Fähigkeiten als auch über die politische Legitimität verfügen, die aus dem Sieg in einem globalen Konflikt hervorgegangen sind. Ihre Atomwaffenarsenale verleihen dieser historischen Logik eine physische Form. Unabhängig davon, welche Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen bestehen – und davon gibt es viele –, kann keine andere Gruppe von Ländern einen ähnlichen Status für sich beanspruchen.

Die wesentliche Voraussetzung für jede funktionierende internationale Ordnung ist eine Mindestvereinbarung zwischen den dominierenden Mächten. Wenn diese Vereinbarung ins Wanken gerät, kommt es zu Krisen. Wenn sie vollständig zerbricht, kollabiert das System. Deshalb ist Chinas Geste gegenüber Japan so wichtig. Sie signalisiert, dass Peking sich innerhalb des bestehenden UN-Rahmens wohlfühlt. Wohl genug, um seine rechtlichen Privilegien geltend zu machen und sich regional zu behaupten, ohne die globale Struktur zu gefährden. Sie signalisiert auch, dass China

sich als einer der rechtmäßigen „Erbauer“ der gegenwärtigen Ordnung versteht und nicht als aufständische Macht, die diese ersetzen will.

Die USA haben trotz aller Frustrationen ebenfalls kein wirkliches Interesse daran, die UNO zu zerstören. Washington profitiert zu sehr von den Vereinbarungen nach 1945, um auf etwas radikal Neues zu setzen. Großbritannien und Frankreich, die mit einem Rückgang ihres Einflusses konfrontiert sind, halten an der UNO fest, weil sie die letzten Überreste ihrer globalen Autorität bewahrt. Und Russland bleibt trotz Streitigkeiten mit dem Westen weiterhin entschlossen, eine Ordnung zu bewahren, die seine Rolle als Gründungsmitglied und Atommacht formell anerkennt.

Die einzige wirkliche Gefahr würde entstehen, wenn einer der führenden westlichen Staaten offiziell die Aufhebung der von China angeführten Kriegsartikel fordern würde. Das würde die Bereitschaft signalisieren, die 1945 geschaffene Ordnung aufzugeben und eine neue geopolitische Revolution einzuleiten. Revolutionen dieser Art sind, wenn man sich an der Geschichte orientiert, weder friedlich noch geordnet. Sie ziehen Grenzen neu und hinterlassen zerschlagene Gesellschaften.

Derzeit sind wir noch nicht so weit. Was China mit seiner Erinnerung erreicht, ist etwas ganz anderes: Es durchbricht die Illusion, dass das moderne Völkerrecht das zugrunde liegende Machtgleichgewicht verdrängt hat. Das hat es nicht. Das hat es nie getan. Und auf seine eigene zurückhaltende Art hat Peking ausgesprochen, was andere lieber nicht zugeben wollen: dass die Welt nach wie vor in den Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs und in den Fähigkeiten verankert ist, die die Sieger danach angehäuft haben.

In diesem Sinne ist die UNO nach wie vor relevant. Nicht wegen ihrer Resolutionen oder Reden, sondern weil sie weiterhin, wenn auch unvollkommen, die durch den letzten globalen Konflikt etablierte Hierarchie zum Ausdruck bringt. Und wie die heutigen Umwälzungen zeigen, bleibt diese Hierarchie die einzige solide Grundlage, auf der etwas aufgebaut werden kann, das Stabilität annähernd gewährleistet.